

## Die KPD und die Masse

### Anspruch und Wirklichkeit der kommunistischen Protest- und Gewaltstrategie im Ruhrgebiet (1930–1932)\*

Am 10. Juni 1931 wurde die Gelsenkirchener Bahnhofstraße zum Schauplatz einer kommunistischen Blitzdemonstration. Aus den Nebenstraßen waren plötzlich Hunderte Menschen zusammengeströmt und hatten sich zu einem Protestzug formiert – angeführt wurden die Demonstranten von dem stadtbekanntem KPD-Kader Wilhelm Bernegau, der sich vor der Menschenmenge aufgebaut hatte und kämpferische Parolen gegen die Regierung Brüning skandierte. Der Anlass für diese Aktion war ein von der KPD ausgerufenen „Erwerbslosenkampftag“. Als eine Streife der Schutzpolizei eintraf, ergriff Bernegau die Flucht, wohlwissend, dass ihm als „Rädelsführer“ einer unangemeldeten Kundgebung die Verhaftung drohte. In der Tat nahmen die Beamten Bernegau nach kurzer Verfolgung fest und wollten ihn abführen, als sie sich mit einer aufgebrachten Menschenmenge konfrontiert sahen, die ihnen folgte und den Gefangenen offenkundig zu befreien trachtete. Neben wüsten Beschimpfungen gegen die „blauen Hunde“ kam es zu mehreren tätlichen Übergriffen auf Polizisten: So wurde ein Polizeileutnant verprügelt, bevor es ihm gelang, die sichere Hauptwache zu erreichen. Nur mit vorgehaltener Waffe konnten die Polizisten die Demonstranten mehr schlecht als recht in Schach halten, bis schließlich ein Bereitschaftszug eintraf und die Straße räumte.<sup>1</sup>

Konfrontationen wie diese häuften sich Anfang Juni 1931 auf den Straßen des Ruhrgebiets – außer in Gelsenkirchen kam es beispielsweise in Bochum, Wanne-

\* Ich danke der Friedrich-Ebert-Stiftung, die meine Forschungen durch ein Promotionsstipendium unterstützt. Die in diesem Beitrag präsentierten Überlegungen zur KPD entstanden im Zusammenhang meiner Dissertation zur Schutzpolizei im Ruhrgebiet in der Zwischenkriegszeit. Zur Vereinfachung verwende ich im Folgenden einige Abkürzungen: PP Polizeipräsidium; RP Regierungspräsidium; OP Oberpräsidium; NSS Nachrichtensammelstelle; HSTAD Landesarchiv NRW – Hauptstaatsarchiv Düsseldorf; STAM Landesarchiv NRW – Staatsarchiv Münster; GSTA PK Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz.

<sup>1</sup> Dieser Fall nach: HSTAD Staatsanwaltschaft Essen Rep. 105/58.

Eickel und Wattenscheid zu Ausschreitungen, in deren Verlauf auch Schüsse fielen.<sup>2</sup> Der „Kleinkrieg zwischen Polizei und den Erwerbslosen“<sup>3</sup>, bestehend aus Blitzdemonstrationen, dem schnellen Auseinander- und Zusammenziehen von Protestzügen, überraschenden Sitzblockaden und heftigen gewaltsamen Zusammenstößen, befand sich auf einem vorläufigen Höhepunkt. Diesen Zustand herbeigeführt zu haben, konnte die KPD als Erfolg verbuchen, hatte sie doch seit den ausgehenden 1920er Jahren das Ruhrgebiet zu einem Zentrum der Massengewalt auserkoren. Der vorliegende Beitrag nimmt diese kommunistische Gewaltstrategie in den Blick und untersucht deren Anspruch und deren Wirklichkeit anhand ausgewählter Beispiele aus dem Ruhrgebiet. Eine solche Analyse verspricht in zweierlei Hinsicht neue Erkenntnisse.

Erstens traf in den letzten Jahren der Weimarer Republik im Ruhrgebiet eine selbstbewusste und lokal verwurzelte Arbeiterklasse auf nicht minder entschlossene, ebenso aktivistische wie gewalttätige Nationalsozialisten und rang erbittert um die Vorherrschaft im öffentlichen Raum – die Auseinandersetzungen trugen eindeutig eine territoriale Signatur.<sup>4</sup> So verwundert es nicht, dass das Ruhrgebiet in der bürgerkriegsähnlichen Endphase der Weimarer Republik eine der Gewalthochburgen in Deutschland war. Umso bemerkenswerter ist es, dass trotz der Konjunktur, die die Erforschung politischer Gewalt in den letzten Jahren erlebte, dieses Phänomen im Ruhrgebiet immer noch als kaum erforscht zu gelten hat.<sup>5</sup> Dieses Defizit zu verringern, ist eines der Anliegen des vorliegenden Aufsatzes.

Zweitens spiegelt sich in der kommunistischen Gewaltstrategie des „Massenterrors“ und der tatsächlichen Gewaltpraxis vor Ort wie auf kaum einem anderen Handlungsfeld die für die KPD so bezeichnende Spannung zwischen zentraler Weisung und lokaler Initiative. Die Frage, welcher dieser beiden Faktoren die konkrete Politik der KPD maßgeblich bestimmte, wird in der Forschung kontrovers diskutiert.

<sup>2</sup> Vgl. PP Bochum an OP Westfalen, 5.6.1931, STAM PP 28; Waffengebrauchsmeldung 19. Polizeirevier (Wattenscheid), 10.6.1931, STAM PP 544; PP Bochum an RP Arnsberg, 12.6.1931, STAM PP 28.

<sup>3</sup> Tuttas, Karl: Einer von jenen. Erinnerungen, Halle a. d. Saale/Leipzig 1980, S. 116.

<sup>4</sup> Vgl. Schmiechen-Ackermann, Detlef: Nationalsozialismus und Arbeitermilieus. Der nationalsozialistische Angriff auf die proletarischen Wohnquartiere und die Reaktion in den sozialistischen Vereinen, Bonn 1998, S. 374 f.; Schumann, Dirk: Politische Gewalt in der Weimarer Republik. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg, Essen 2001, S. 201; Schmidt, Daniel: Terror und Terrainkämpfe. Sozialprofil und soziale Praxis der SA in Dortmund 1925–1933, Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark 96/97 (2005/2006), S. 251–292, hier: S. 268 ff.

<sup>5</sup> Vgl. u. a. Schumann: Politische Gewalt (wie Anm. 4); Reichardt, Sven: Faschistische Kampfbünde. Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadrismus und in der deutschen SA, Köln u. a. 2002; Swett, Pamela E.: Neighbors and Enemies. The Culture of Radicalism in Berlin, 1929–1933, Cambridge (UP) 2005.

Die klassische westdeutsche Kommunismusforschung mit ihren Hauptvertretern Ossip K. Flechtheim und Hermann Weber vertrat – lange Zeit unangefochten – die These, die KPD habe seit Mitte der 1920er Jahre eine „Bolschewisierung“ (Ossip K. Flechtheim) bzw. „Stalinisierung“ (Hermann Weber) durchlaufen. Im Zuge dieses Prozesses habe sich die Partei binnen kurzer Zeit in eine straff geführte Kaderorganisation verwandelt, die die Beschlüsse der Zentrale, d.h. des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI) bzw. des Zentralkomitees (ZK) der KPD weitgehend buchstabengetreu umsetzte.<sup>6</sup> Diese Annahme wurde Mitte der 1990er Jahre von Klaus-Michael Mallmann in Frage gestellt. Mallmann betonte die Bedeutung des „linksproletarischen“ Milieus an der kommunistischen Basis, dessen Eigensinn die Wirkungsmacht zentraler Vorgaben nachhaltig begrenzte.<sup>7</sup> In der Folge haben neuere Untersuchungen die Relevanz lokaler Faktoren für die politische Praxis der Kommunisten vor Ort herausgearbeitet.<sup>8</sup> Auf der anderen Seite wurde allerdings mit guten Argumenten dargelegt, dass der Einfluss politisch-ideologischer Weisungen aus Moskau bzw. Berlin nicht völlig von der Hand zu weisen sei.<sup>9</sup> Indem ich beide Komponenten kommunistischer Gewalttätigkeit – Doktrin und Praxis – anhand von Massenaktionen, d.h. den Erwerbslosenkampftagen ab März 1930 und den Bergarbeiterstreiks ab Januar 1931 analysiere und mit der raumorientierten Gewalt in Verbindung setze, die vor allem in lokalen Kontexten entstand, erweitere ich nicht nur den Kenntnisstand zum Phänomen der politischen Gewalt an Rhein und Ruhr, sondern auch zur Beschaffenheit der kommunistischen Arbeiterbewegung. Dementsprechend gliedern sich meine Ausführungen wie folgt: Zunächst gilt es, die kommunistische Gewaltstrategie am Ausgang der 1920er Jahre zu erläutern. Im Anschluss skizziere ich die Gruppierungen innerhalb des kommunistischen Teilmilieus im Ruhrgebiet, von denen organisierte und unorganisierte Militanz ausging, bevor ich mich der Praxis der Massengewalt am Beispiel der Bergarbeiterstreiks der Jahre 1931/1932 sowie der Erwerbslosenkampftage zwischen März 1930 und

<sup>6</sup> Vgl. Flechtheim, Ossip K.: Die KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1973, S. 215 ff.; Weber, Hermann: Kommunismus in Deutschland 1918–1945, Darmstadt 1983, S. 112 f.; zusammenfassend Wirsching, Andreas: „Stalinisierung“ oder entideologisierte „Nischengesellschaft“? Alte Einsichten und neue Thesen zum Charakter der KPD in der Weimarer Republik, VfZG 45 (1997), S. 449–466, hier: S. 449 f.

<sup>7</sup> Vgl. Mallmann, Klaus-Michael: Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996, S. 54–83, insb. S. 82 f.

<sup>8</sup> So u. a. Swett: Neighbors and Enemies (wie Anm. 5). Ähnliche Ergebnisse erzielte bereits Eve Rosenhaft. Vgl. insb. Rosenhaft, Eve: Beating the Fascists? The German Communists and Political Violence. 1929–1933, London 1983, sowie dies.: Links gleich rechts? Militante Straßengewalt um 1930, in: Lindenberger, Thomas/Lüdtke, Alf (Hrsg.): Physische Gewalt. Studien zur Geschichte der Neuzeit, Frankfurt a. M. 1995, S. 238–275.

<sup>9</sup> Dazu Wirsching: „Stalinisierung“ (wie Anm. 6), S. 453–462.

Juli 1931 annehme. Der Schwerpunkt liegt dabei auf dem zu der Provinz Westfalen gehörigen Teil des Ruhrgebiets, d.h. dem Norden und Osten der Region.

## I. Die kommunistische Gewaltstrategie

Das EKKI hatte im Jahr 1928 auf seinem VI. Weltkongress eine revolutionäre Situation erkannt: Die Klassenkämpfe seien weltweit in eine „Dritte Periode“ eingetreten, in deren Verlauf das kapitalistische System auf seine tiefe Krise reagiere, indem es aggressiv Front gegen das klassenbewusste Proletariat mache.<sup>10</sup> Diese Diagnose hatte auch für die deutschen Kommunisten Konsequenzen, da die Beschlüsse des „Generalstabs der Weltrevolution“ (Ossip K. Flechtheim) im Verlauf der 1920er Jahre einen zunehmend bindenden Charakter für die Politik der KPD-Führung gewonnen hatten.<sup>11</sup> So war es folgerichtig, dass die Partei sich auf ihrem XII. Parteitag im Juni 1929 die Linie der Komintern zu eigen machte, vor allem da die erst wenige Wochen zurückliegenden Ereignisse des Berliner „Blutmai“ deren Richtigkeit zu bestätigen schienen. Die KPD stellte also fest, dass das Deutsche Reich in Gestalt seiner Exekutivorgane, Reichswehr und Polizei, einen Bürgerkrieg gegen die deutsche Arbeiterklasse führe, die sich somit in einer Notwehrsituation befinde.<sup>12</sup> Da auch für Kommunisten gilt, dass Angriff die beste Verteidigung ist, sah die neue Generallinie der Partei vor, die Konfrontation mit dem kapitalistischen bzw. „faschistischen“ System und seinen staatlichen Agenten offensiv zu suchen, primär anlässlich der für die Zukunft zu erwartenden Wirtschaftskämpfe.<sup>13</sup>

<sup>10</sup> Vgl. Rosenhaft, Eve: Die KPD der Weimarer Republik und das Problem des Terrors in der „Dritten Periode“, 1929–1933, in: Mommsen, Wolfgang J./Hirschfeld, Gerhard (Hrsg.): Sozialprotest, Gewalt, Terror. Gewaltanwendung durch politische und gesellschaftliche Randgruppen im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1982, S. 394–421, hier: S. 395 ff.; Weber, Hermann: Hauptfeind Sozialdemokratie. Strategie und Taktik der KPD 1929–1933, Düsseldorf 1982, S. 17 f.

<sup>11</sup> Vgl. Weber: Kommunismus (wie Anm. 6), S. 46 ff.; Rosenhaft: Beating the Fascists? (wie Anm. 8), S. 29 ff.

<sup>12</sup> Vgl. Flechtheim: KPD (wie Anm. 6), S. 256 ff.; Weber: Kommunismus (wie Anm. 6), S. 114 f.; Rosenhaft: Beating the Fascists? (wie Anm. 8), S. 34 f.; Wirsching, Andreas: Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/39. Berlin und Paris im Vergleich, München 1999, S. 25–31. Zum „Blutmai“ vgl. Kurz, Thomas: „Blutmai“. Sozialdemokraten und Kommunisten im Brennpunkt der Berliner Ereignisse von 1929, Berlin/Bonn 1988; Schirmann, Léon: Blutmai Berlin 1929. Dichtungen und Wahrheit, Berlin 1991.

<sup>13</sup> Vgl. Rundschreiben Nr. 7. Anweisungen des Sekretariats, 21.6.1930, in: Weber, Hermann (Bearb.): Die Generallinie. Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke 1929–1933, Düsseldorf 1981, Dok. 22, S. 162 f.; dazu auch Flechtheim: KPD (wie Anm. 6), S. 248 ff.; Weber: Kommunismus (wie Anm. 6), S. 110 f.



Um den Abwehrkampf des Proletariats zu organisieren, folgte die KPD in erster Linie der Strategie des „organisierten Massenkampfes“, später auch als „Massenterror“ bezeichnet. Zusätzlich wurde inoffiziell die Durchführung individueller Terrorakte forciert, die sich gegen einzelne Einrichtungen und Repräsentanten gegnerischer Organisationen, insbesondere SA und Polizei, richteten, die so verunsichert und geschwächt werden sollten.<sup>14</sup> Hinter dem „Massenterror“, dessen Träger idealtypisch die kommunistischen Wehrorganisationen, vor allem aber die proletarischen „Massen“ sein sollten, verbarg sich das Vorhaben, die kapitalistische Wirtschaft durch permanente Streiks, aber auch durch Erwerbslosenproteste und Hungerdemonstrationen zu behindern und aus diesen heraus politische Massenaktionen zu initiieren:

*„Die Partei muß ihre ganze Kraft darauf konzentrieren, gewaltige Massenbewegungen auszulösen und diese Bewegungen zu Aktionen, zu Streiks der Betriebsarbeiter, der Angestellten und der Beamten zu steigern. [...] Der politische Massenstreik als mächtige Waffe des Proletariats [...] muß systematisch von der Partei auch unter Anknüpfung an lokale Ereignisse [...] propagiert werden.“<sup>15</sup>*

Letztlich sollte auf diese Weise die finale Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus herbeigeführt werden. Der Weg zur Revolution sah also recht schematisch aus: Er war einerseits gekennzeichnet durch die strikte Hierarchisierung der Gewaltmittel, andererseits durch eine bemerkenswerte Fixierung auf den Streik und dessen damit verbundene Überschätzung.<sup>16</sup> Massenaktionen zielten auf die direkte Konfrontation mit der Polizei, um zum einen die Kampfbereitschaft und Geschlossenheit der Arbei-

<sup>14</sup> Zu den Begriffen „organisierter Massenkampf“ bzw. „Massenterror“ vgl. Rosenhaft: KPD (wie Anm. 10), S. 406; zum „individuellen Terror“ ebd. S. 401 f. Einer der aufsehenerregendsten kommunistischen Terrorakte ereignete sich im August 1931 in Berlin, als unter Beteiligung des späteren Ministers für Staatssicherheit der DDR, Erich Mielke, zwei Polizeihauptleute erschossen wurden. Dazu Rosenhaft: *Beating the Fascists?* (wie Anm. 8), S. 113 f.; Aly, Götz: *Der Jahrhundertprozeß. Erich Mielke, die Morde auf dem Berliner Bülowplatz und die deutsche Strafjustiz*, in: Jansen, Christian u. a. (Hrsg.): *Von der Aufgabe der Freiheit. Politische Verantwortung und bürgerliche Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Hans Mommsen zum 5. November 1995*, Berlin 1995, S. 549–562.

<sup>15</sup> Rundschreiben Nr. 14. Anweisungen des Sekretariats, 6.10.1930, in: Weber: *Generallinie* (wie Anm. 13), Dok. 28, S. 221. Zur kommunistischen Streikstrategie vgl. Müller, Werner: *Lohnkampf, Massenstreik, Sowjetmacht. Ziele und Grenzen der „Revolutionären Gewerkschaftsopposition“ (RGO) in Deutschland 1928 bis 1933*, Köln 1988, S. 264 f.

<sup>16</sup> Vgl. Rosenhaft: KPD (wie Anm. 10), S. 396 f.; Mallmann: *Kommunisten* (wie Anm. 7), S. 50 f.

terklasse zu demonstrieren und zum anderen Gewaltfähigkeit auszubilden und den Straßenkampf einzüben.<sup>17</sup>

Die Strategie des „organisierten Massenkampfs“ erhielt ihre Brisanz vor allem dadurch, dass sie bei allen Beteiligten spezifische Assoziationen auslöste, Ängste hervorrief und traditionelle Feindbilder aktualisierte. Eine wechselseitige Radikalisierung war also abzusehen.<sup>18</sup> Aus der Perspektive der Arbeiter an Rhein und Ruhr erschien der kommunistische Befund, es mit einer finalen Offensive der „Faschisten“ zu tun zu haben, durchaus plausibel. Zum einen häuften sich Übergriffe und Misshandlungen durch die Polizei – so starben in den letzten drei Jahren der Republik 170 Kommunisten durch Polizeiwaffen.<sup>19</sup> Zum anderen war ein deutliches Erstarken der Nationalsozialisten zu verzeichnen, deren Mitgliederzahlen enorm stiegen und deren SA seit etwa 1930 mit Nachdruck versuchte, in den proletarischen Vierteln Fuß zu fassen.<sup>20</sup> Neben solchen aktuellen Entwicklungen konnten die KP-Kader auf die mobilisierende Wirkung setzen, die von einer forcierten Auseinandersetzung mit der Polizei ausgehen musste, nahmen die „Bluthunde“ in der Hierarchie proletarischer Feindbilder doch eine besondere Stellung ein.<sup>21</sup> Aufgewachsen und sozialisiert in einer „Kultur der kampfbetonten Männlichkeit“ (Dirk Schumann) waren die jungen Männer, aus denen sich die Wehrverbände der KPD rekrutierten, für die fundamentale und gewaltsame Auseinandersetzung mit den Vertretern des Klassenfeindes bereit. Dementsprechend war die Entscheidung der kommunistischen Führung, die politische Auseinandersetzung zu verschärfen und verstärkt auf Gewalt zu setzen, ein erfolgversprechender Versuch, die zuletzt stark resignierte Basis zu aktivieren.<sup>22</sup>

So wie sich in den Arbeitervierteln ein oftmals auf vopolitischen Motiven fußender Polizistenhass tradiert hatte, so wirksam waren auf Seiten der Polizei anti-kommunistische Feindbilder, die sich vor allem in den frühen Jahren der Republik

<sup>17</sup> Vgl. Peukert, Detlev J. K.: Die KPD im Widerstand. Verfolgung und Untergrundarbeit an Rhein und Ruhr 1933–1945, Wuppertal 1980, S. 38 f.; Rosenhaft: KPD (wie Anm. 10), S. 400 f.

<sup>18</sup> Vgl. Rosenhaft: Links gleich rechts? (wie Anm. 8), S. 240; Schumann: Politische Gewalt (wie Anm. 4), S. 367.

<sup>19</sup> Vgl. Weber: Hauptfeind Sozialdemokratie (wie Anm. 10), S. 69. Vgl. auch ein Flugblatt der „Roten Hilfe“ im Ruhrgebiet v. 20.5.1931, STAM PP 18, das mit dem Verweis auf die von Polizei und SA getöteten Arbeiter Mitgliederwerbung betreibt.

<sup>20</sup> Vgl. Böhnke, Wilfried: Die NSDAP im Ruhrgebiet 1920–1933, Bad Godesberg 1974, S. 145–153; Mühlberger, Detlef W.: The rise of National Socialism in Westphalia 1920–1933, London 1975, S. 294 ff.; Schmidt: Terror und Terrainkämpfe (wie Anm. 4), S. 275 f.

<sup>21</sup> Vgl. Rosenhaft: Beating the Fascists? (wie Anm. 8), S. 53; Wirsching: Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? (wie Anm. 12), S. 527; Schumann: Politische Gewalt (wie Anm. 4), S. 264 f.

<sup>22</sup> Zu resignativen Stimmung an der KPD-Basis am Ende der 1920er Jahre vgl. die Lageberichte des PP Recklinghausen v. 5.7. u. 7.10.1927, STAM Reg. Münster VII-2, Bd. 5, sowie den Bericht des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung v. 20.2.1929, STAM Reg. Münster 1703.

infolge gewaltsamer Auseinandersetzungen beispielsweise im Frühjahr 1920 oder im Verlauf des Jahres 1923 festgesetzt hatten.<sup>23</sup> Zudem sprachen die Kommunisten mit ihrer Propagierung der Massenaktion tiefsitzende Ängste an – nicht nur in den Reihen der Polizei, sondern innerhalb weiter Teile des deutschen Bürgertums. Insbesondere der von den Kommunisten immer im Munde geführte Begriff der „Masse“ löste schlimmste Befürchtungen aus.<sup>24</sup> So erweckten sie den Eindruck, eine die Bourgeoisie hinwegfegende Revolution stünde kurz bevor. Sebastian Haffner brachte die Kommunistenangst seiner bürgerlichen Zeitgenossen auf den Punkt:

*„Die Kommunisten waren entschlossene Leute mit finsternen Gesichtern, sie hoben die Faust zum Gruß, hatten Waffen – jedenfalls schossen sie oft genug bei den üblichen Kneipenschießereien –, pochten fortgesetzt auf ihre Stärke und Organisation und waren sicher von Rußland aus belehrt, wie man ‚so etwas‘ macht.“<sup>25</sup>*

## II. Die Träger der Militanz

In der Tat musste die KPD bürgerlichen bzw. staatlichen Beobachtern gerade im Westen auf den ersten Blick als starke Partei und dementsprechende Bedrohung erscheinen. So konnte die Partei mancherorts im Ruhrgebiet, so in Gladbeck, Hochlarmark oder in einigen Teilen Gelsenkirchens, bereits vor dem Auftreten der wirtschaftlichen Krisensymptome Stimmanteile von über 20%, teilweise über 30% erzielen.<sup>26</sup> Bei der Reichstagswahl vom 14. September 1930 etablierte sich die KPD in vielen Städten des Ruhrgebiets gar als stärkste Partei, so in Duisburg-Hamborn

<sup>23</sup> Vgl. Leßmann, Peter: Die preußische Schutzpolizei in der Weimarer Republik. Streifendienst und Straßenkampf, Düsseldorf 1989, S. 276 ff.

<sup>24</sup> Zum literarischen wie wissenschaftlichen Diskurs über die „Masse“ seit dem späten 19. Jahrhundert vgl. Böttger, Jan Henning: FeindMasse. Scipio Sigheles *Psychologie des Aufbaus und der Massenverbrechen* und das Konstrukt der „Masse“, in: Brehl, Medardus/Platt, Kristin (Hrsg.): Feindschaft, München 2003, S. 226–254, hier: S. 231 ff.; auch Hardtwig, Wolfgang: Einleitung: Politische Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit, in: ders. (Hrsg.): Politische Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit 1918–1939, Göttingen 2005, S. 7–22, hier: S. 19.

<sup>25</sup> Haffner, Sebastian: Geschichte eines Deutschen. Die Erinnerungen 1914–1933, München 2002, S. 119; vgl. auch Blasius, Dirk: Weimars Ende. Bürgerkrieg und Politik 1930–1933, Göttingen 2005, S. 24.

<sup>26</sup> Vgl. Bajohr, Frank: Verdrängte Jahre. Gladbeck unter'm Hakenkreuz, Essen 1983, S. 34; Zimmermann, Michael: Schachanlage und Zechenkolonie. Leben, Arbeit und Politik in einer Arbeitersiedlung 1880–1980, Essen 1987, S. 153; Goch, Stefan: Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur im Ruhrgebiet. Eine Untersuchung am Beispiel Gelsenkirchen 1848–1975, Düsseldorf 1990, S. 295 ff.

(25,1 %), Gelsenkirchen (26,5 %), Herne (28,5 %), Gladbeck (26 %) und Wanne-Eickel (27,8 %). In ihrer Hochburg Bottrop erhielt die Partei mehr als ein Drittel der Stimmen.<sup>27</sup> Ihren Höhepunkt erreichte die Zustimmung zur KPD im Ruhrgebiet bei der letzten freien Reichstagswahl am 6. November 1932: Mit Wahlergebnissen von mehr als 31 % erwiesen sich Dortmund und Gelsenkirchen als die neben Berlin bedeutendsten kommunistischen Hochburgen unter den deutschen Großstädten. Allein in Dortmund hatten fast 100.000 Menschen der Partei ihre Stimme gegeben. Daneben war die Partei in Bottrop, Duisburg-Hamborn, Gladbeck, Herne, Wanne-Eickel und Wattenscheid stärkste Kraft.<sup>28</sup>

Die KPD war aber nicht so organisatorisch gefestigt, wie sie die Öffentlichkeit glauben machen wollte. Ihre tatsächliche Schlagkraft entsprach keineswegs ihren beeindruckenden Wahlerfolgen. Dementsprechend charakterisierte ein Mitglied der Bezirksleitung Ruhrgebiet seine Partei im März 1932 wie folgt: „Nach außen mächtige Fassaden und innen hohl.“<sup>29</sup> Der von Essen aus geleitete KPD-Bezirk Ruhrgebiet, der innerhalb der Partei fast schon traditionell als linksstehend galt, bestand als solcher seit Mitte der 1920er Jahre und umfasste ganz Westfalen nördlich der Ruhr, die rheinischen Gebiete rechts von Rhein und Ruhr sowie das Kohlenrevier um Moers. Innerhalb dieser Grenzen hatte die KPD Anfang 1931 18.000, zwei Jahre später immerhin 30.000 Mitglieder, die sich zu letzterem Zeitpunkt auf 14 Unterbezirke, 289 Ortsgruppen, 1.193 Straßenzellen und 184 Betriebszellen verteilten.<sup>30</sup> Allerdings relativieren sich diese Zahlen, da es der KPD nicht gelang, ihrer volatilen Mitglieberschar Herr zu werden und sie dauerhaft an sich zu binden.<sup>31</sup> Zwar konnte Wilhelm Florin, zwischen Ende 1925 und Ende 1932 Politischer Leiter des Bezirks, die Position der Kommunisten im Ruhrgebiet stabilisieren. An der Tatsache jedoch, dass die KPD über keine wirkliche Massenbasis verfügte und insbesondere in den für sie so wichtigen Betrieben kaum verankert war, änderten die intensiven Bemühungen der kommunistischen Kader nur wenig.<sup>32</sup> Deren Handeln war durch eine gewisse Selbstbezogenheit und Realitätsferne geprägt, die ihre Wurzeln im

<sup>27</sup> Nach: Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 382, Berlin 1932.

<sup>28</sup> Nach: Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 434, Berlin 1935. Vgl. auch Bahne, Siegfried: Die KPD im Ruhrgebiet in der Weimarer Republik, in: Reulecke, Jürgen (Hrsg.): Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Rheinland-Westfalen, Wuppertal 1974, S. 315–353, hier: S. 350.

<sup>29</sup> Nach: Mallmann: Kommunisten (wie Anm. 7), S. 365. Vgl. auch Bahne: KPD im Ruhrgebiet (wie Anm. 28), S. 350f.

<sup>30</sup> Vgl. Peukert: KPD im Widerstand (wie Anm. 17), S. 48ff.

<sup>31</sup> Vgl. Flechtheim: KPD (wie Anm. 6), S. 152ff.; Bahne: KPD im Ruhrgebiet (wie Anm. 28), S. 321.

<sup>32</sup> Vgl. Bahne: KPD im Ruhrgebiet (wie Anm. 28), S. 326f.; Goch: Sozialdemokratische Arbeiterbewegung (wie Anm. 26), S. 301f.; Fischer, Conan: The German Communists and the rise of Nazism, Basingstoke/London 1991, S. 161; zu Wilhelm Florin vgl. Weber, Hermann/Herbst,

enorm bürokratisierten Parteiapparat hatte. So resultierte die bedeutsamste Schwäche der KPD aus ihrer spezifischen Organisationsform, die ihr eigentlich Effizienz und Schlagkraft verleihen sollte.<sup>33</sup> Dementsprechend war auch der kommunistische Verbalradikalismus weniger ein verlässlicher Indikator für den Stand der Aufstandsvorbereitungen, als vielmehr der Versuch, die eigenen strukturellen Defizite kraftmeierisch zu übertünchen.<sup>34</sup>

Bei den Nationalsozialisten im Ruhrgebiet verhielt es sich nahezu umgekehrt: Wahlergebnisse zum Teil weit unter dem Reichsdurchschnitt konnten durch den fanatischen Aktivismus der Bewegung weitgehend kompensiert werden. Während der Organisationsgrad von NSDAP und SA parallel zur Anzahl der Mitglieder bis Mitte 1932 stetig stieg, waren die Bemühungen der KPD, nach dem im Frühjahr 1929 erfolgten Verbot des Rotfrontkämpferbundes (RFB) schlagkräftige Wehrverbände aufzustellen, nicht eben erfolgreich. Die bedeutendste der zahlreichen Kampforganisationen, die sich die KPD bis 1933 schuf, war der im Herbst 1930 ins Leben gerufene „Kampfbund gegen den Faschismus“ (KBgF). Dieser fungierte vor allem als eine Art Dachverband für die – in Gestalt, Zielen und Methoden – heterogenen, mehr oder weniger geschlossenen Formationen, die die Agitprop-Arbeit der Partei trugen, deren Versammlungen schützten und den „faschistischen“ Gegner beobachteten und gegebenenfalls bekämpften.<sup>35</sup> Im Ruhrgebiet zählte der KBgF Ende 1931 immerhin 12.500 Mitglieder, wovon allein auf Dortmund etwa 3.100 entfielen – also mehr als dreimal so viele, wie es zum gleichen Zeitpunkt SA-Männer in der Stadt gab. Allerdings war wie in der Mutterpartei eine enorme Fluktuation zu verzeichnen, die 1932 in einen bemerkenswerten Mitgliederschwund mündete.<sup>36</sup> Die Existenz einiger Betriebsgruppen sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Erwerbslosenkolonnen der „Revolutionären Gewerkschafts-Opposition“ (RGO) das Rückgrat des KBgF bildeten. Dementsprechend benutzten die polizeilichen Beobachter im Ruhrgebiet die Bezeichnungen „Kampfbund gegen den Faschismus“ und „Erwerbslosenstaffeln“ zeitweise synonym.<sup>37</sup> Im Verlauf ihres Wandels zur „Partei

Andreas: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, Berlin 2004, S. 210f.

<sup>33</sup> Vgl. Peukert: KPD im Widerstand (wie Anm. 17), S. 49f.; Mallmann: Kommunisten (wie Anm. 7), S. 323.

<sup>34</sup> Vgl. Weber: Hauptfeind Sozialdemokratie (wie Anm. 10), S. 68f.

<sup>35</sup> Zur Gründung des KBgF im Bezirk-Ruhrgebiet vgl. NSS Bochum an OP Westfalen, 21.10.1930 u. 4.11.1930, STAM PP 28; auch Rosenhaft: Beating the Fascists? (wie Anm. 8), S. 92ff.; Wirsching: Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? (wie Anm. 12), S. 567ff.

<sup>36</sup> Vgl. Aufstellung der Mitgliederzahl des Kampfbundes gegen den Faschismus, o. D. (ca. 1931), STAM PP 25; Peukert: KPD im Widerstand (wie Anm. 17), S. 56; Reichardt: Faschistische Kampfbünde (wie Anm. 5), S. 262.

<sup>37</sup> Vgl. u. a. PP Recklinghausen an RP Münster, 21.11.1930, STAM Reg. Münster VII-66, Bd. 1; OP Westfalen an Ministerium des Innern, 10.12.1931, GSTA PK I. HA, Rep. 77, Tit. 4043,

der radikalisierten Arbeitslosen<sup>38</sup> rekrutierten die Kommunisten einen Großteil ihres gewaltbereiten Fußvolks aus unbeschäftigten jungen Proletariern. Ebenso wie ihre nationalsozialistischen Gegner schätzten die kommunistischen Kader diese Klientel ob ihrer Verfügbarkeit und ihrer potentiellen Gewaltbereitschaft, mussten aber auch feststellen, dass die jungen Erwerbslosen nur schwer zu kontrollieren waren.<sup>39</sup> Bestrebungen, den KBgF mit Parallelorganisationen, z. B. dem Roten Massenselbstschutz, zu einer einheitlichen Parteiarmee zu vereinigen, scheiterten 1932 endgültig. Somit konnte die strukturelle Unterlegenheit der kommunistischen Kampfverbände gegenüber der SA, die zuvorderst in der organisatorischen Schwäche wurzelte, nie ausgeglichen werden.<sup>40</sup>

Neben den offiziell bestehenden Kampf- und Wehrformationen verfügte die KPD über illegale Strukturen, deren Koordination allerdings ebenso mangelbehaftet war. Die Führung auf dem Sektor illegaler Operationen, zu denen Anschläge auf politische Gegner ebenso gehörten wie die Zersetzungsarbeit in der Polizei und die Fluchthilfe für gesuchte KP-Aktivisten, beanspruchte der oftmals schlicht als „Apparat“ bezeichnete militärpolitische Arm der KPD, der im Ruhrbezirk ab 1929 von Edwin Kolossa alias Arnold Klein geleitet wurde.<sup>41</sup> Dabei handelte es sich aber keineswegs um die einzige konspirativ arbeitende Gliederung der KPD: Mehr oder weniger in die vorhandenen Strukturen integriert, existierten zeitweise zudem ein „Gegnerapparat“ des KBgF, ein „Nachrichtendienst“ (ND) des illegalen RFB, der „Proletarische Selbstschutz“ sowie sogenannte „Feuergruppen“ bzw. „Terrorgruppen“.<sup>42</sup> Dem Reiz des Konspirativen erlegen, sahen sich die illegalen Kader mehr

Nr. 368.

<sup>38</sup> Weber: Hauptfeind Sozialdemokratie (wie Anm. 10), S. 9. Zum soziologischen Profil der KPD und dessen Wandel ab 1930 vgl. Flechtheim: KPD (wie Anm. 6), S. 313 ff.; Mallmann: Kommunisten (wie Anm. 7), S. 103 ff.

<sup>39</sup> Vgl. NSS Bochum an OP Westfalen, 3.12.1930, STAM PP 28; Rosenhaft: Beating the Fascists? (wie Anm. 8), S. 47 f.; Fischer: German Communists (wie Anm. 32), S. 145.

<sup>40</sup> Vgl. Fischer: German Communists (wie Anm. 32), S. 146; Schmiechen-Ackermann: Arbeitermilieus (wie Anm. 4), S. 393 f.; Schumann: Politische Gewalt (wie Anm. 4), S. 92 f.; zum Roten Massenselbstschutz vgl. Rosenhaft: Beating the Fascists? (wie Anm. 8), S. 96 ff.; Wirsching: Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? (wie Anm. 12), S. 569 f.

<sup>41</sup> Zum „Apparat“ an der Ruhr vgl. Peukert: KPD im Widerstand (wie Anm. 17), S. 73 ff.; vgl. auch die Denkschrift des Preußischen Landeskriminalpolizeiamtes „Der antimilitaristische Apparat der KPD“, Oktober 1932, GSTA PK I. HA, Rep. 219, Nr. 108. Zu Klein alias Kolossa vgl. Mensing, Wilhelm: Von der Ruhr in den GULag: Opfer des Stalinschen Massenterrors aus dem Ruhrgebiet, Essen 2001, S. 139 f.; Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten (wie Anm. 32), S. 374 f.

<sup>42</sup> Vgl. „Richtlinien für die Organisation eines proletarischen Selbstschutzes“, 1929, STAM PP 27; Rundschreiben KBgF Ruhr, 16.2.1931, sowie Sonderanweisung KBgF Ruhr, 27.8.1931, STAM PP 28; NSS Bochum an OP Westfalen, 24.8.1931, STAM PP 18; Informationen für die ND-Leiter der Untergaue, September 1931, STAM PP 25; Bericht Abt. IA, PP Bochum,



noch als die legal agierenden KPD-Funktionäre – wobei die Grenze zwischen diesen beiden Gruppen fließend war – dem „Ideal des harten, selbstlosen, bolschewistischen Berufsrevolutionärs“ (Detlev Peukert) verpflichtet. Die kommunistischen Geheimorganisationen bildeten also in ihrem Selbstbild ebenso wie in ihrer Struktur und ihrer Sprache einen fruchtbaren Nährboden für kontrollierte und unkontrollierte Gewalt gegen den „faschistischen“ Gegner.<sup>43</sup>

Auch innerhalb der offiziellen Wehrverbände folgte die Gewalttätigkeit nicht bloß politischen Vorgaben, sondern entfaltete eine Eigendynamik, die ihre Wurzeln in deren subkultureller Beschaffenheit hatte. Junge Männer – traditionell die am ehesten zur Gewalt neigende Gruppe innerhalb der Bevölkerung – waren als erste von krisenbedingten Entlassungen betroffen und vermochten unter den gegenwärtigen Verhältnissen keine sinnvollen Perspektiven mehr zu erblicken. Die Arbeitslosigkeit verschaffte ihnen Zeit und Freiräume, die diejenigen, die nicht resignierten, dazu nutzen, politisch aktiv zu werden und, so meinten viele, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen.<sup>44</sup> Daher schlossen sich die jungen Deutschen in großer Zahl den paramilitärischen Ablegern von NSDAP und KPD an, deren Heilsversprechungen in eine bessere Zukunft zu führen schienen, die sich aber auch ganz konkret um die Versorgung ihrer Anhänger kümmerten.<sup>45</sup> Die Gewalttätigkeit dieser jungen Männer war keineswegs ausschließlich an politische Ziele gekoppelt. Vielmehr stellte die physische Auseinandersetzung eine Möglichkeit dar, freie Zeit auf attraktive Weise zu füllen und dabei die Grenzen alltäglichen Verhaltens zu überschreiten: Das Gemeinschaftsgefühl, das körperliche Messen mit dem Feind, das hochemotionale Erlebnis des Kampfes waren oftmals Ansporn genug.<sup>46</sup> Ob nun politisch motiviert oder erlebnisorientiert, die Straßenkämpfer schenkten einander in gewalttätigen Auseinandersetzungen jedenfalls nichts und gingen den verhassten Staat von links und rechts offensiv an. Die Parteiarmeen trugen den Kampf um die Macht in die Versammlungsräume und auf die Straße. Zusammenstöße in Wohnvierteln, um deren

7.9.1931, STAM PP 19. Es ist allerdings fraglich, ob nicht teilweise nur rudimentäre illegale Strukturen vorhanden waren, die in den Berichten der politischen Polizei zu Chimären aufgebauscht wurden. Dafür spricht, dass die konkreten Fahndungs- und Infiltrationserfolge überschaubar blieben und zudem viele der ausgespähten „Feuergruppen“ sich niemals terroristisch hervortaten.

<sup>43</sup> Vgl. Rosenhaft: *Beating the Fascists?* (wie Anm. 8), S. 110.

<sup>44</sup> Peukert, Detlev J. K.: *Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne*, Frankfurt a. M. 1987, S. 252; Schumann: *Politische Gewalt* (wie Anm. 4), S. 301.

<sup>45</sup> Vgl. Fischer: *German Communists* (wie Anm. 32), S. 145 f.; Wirsching: *Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg?* (wie Anm. 12), S. 374 ff.; Swett: *Neighbors and Enemies* (wie Anm. 5), S. 173 ff.

<sup>46</sup> Vgl. Rosenhaft: *Beating the Fascists?* (wie Anm. 8), S. 155 ff.; Schumann, Dirk: *Gewalt als Grenzüberschreitung. Überlegungen zur Sozialgeschichte der Gewalt im 19. und 20. Jahrhundert*, AfS 37 (1997), S. 366–386, hier: S. 373.

Beherrschung erbittert gerungen wurde, waren an der Tagesordnung. Die Gewalttätigkeit kommunistischer wie nationalsozialistischer Straßenkämpfer war in erster Linie sozialräumlich orientiert, d.h. die Auseinandersetzungen trugen den Charakter von Revierkämpfen. Dabei ging es nicht nur darum, bestimmte Straßenzüge oder ganze Stadtviertel gegen den politischen Gegner zu behaupten, sondern auch gegen den Staat. Kommunisten und Nationalsozialisten errichteten Stützpunkte, zeigten eine unübersehbare Präsenz im öffentlichen Raum und setzten so Handlungsräume durch. Die Kampfverbände versuchten, sich als Gegenmacht zu etablieren, indem sie die Autorität der Polizei unterminierten und deren Kontrollbefugnisse für sich selbst in Anspruch nahmen.<sup>47</sup>

Was dies in der Praxis bedeutete, wird am Beispiel Dortmunds deutlich, wo kommunistische Kampfgruppen in den Hochzeiten der politischen Auseinandersetzung dazu übergingen, die von ihnen reklamierte nördliche Innenstadt, ein Konglomerat ausgedehnter Arbeiterquartiere, so weit wie möglich für Nationalsozialisten zu sperren. Dabei machten sie sich den Verlauf der Eisenbahntrassen und hohen Bahndämme zunutze, die die Stadt zerteilten: Die Erwerbslosenkolonnen der KPD besetzten die wenigen Unterführungen, führten dort ungehindert von der Polizei Kontrollen durch und unterbanden so zeitweise die Präsenz uniformierter SA-Leute im Norden der Stadt.<sup>48</sup> Bedeutender als ihr tatsächlicher Effekt war die symbolische Dimension solcher Handlungen, mit denen die Kommunisten ihr Terrain absteckten und ihre Dominanz unter Beweis stellten.

### III. Die Bergarbeiterstreiks 1931/32

Die kommunistische Führung hatte wenig Interesse daran, dass sich die Kampfgruppen der Partei in Auseinandersetzungen um Verkehrslokale und Straßenzüge verschlissen. Erwerbslosenkolonnen und Häuserschutzstaffeln sollten sich vielmehr in den Dienst der Massengewalt-Strategie stellen und entsprechende Massenaktionen initiieren und durchführen. Als primäres Betätigungsfeld dafür waren, wie oben ausgeführt, Wirtschafts- und Arbeitskämpfe vorgesehen. Der sogenannte „Ruhreisenstreit“ von 1928 – der Tarifstreit in der westdeutschen Metallindustrie, der sich zum schwersten Arbeitskampf der Weimarer Jahre mit etwa 230.000 ausgesperrten

<sup>47</sup> Vgl. Rosenhaft: *Links gleich rechts?* (wie Anm. 8), S. 240; Mallmann: *Kommunisten* (wie Anm. 7), S. 238 f.; Schmiechen-Ackermann: *Arbeitermilieus* (wie Anm. 4), S. 374; Swett: *Neighbors and Enemies* (wie Anm. 5), S. 248 ff.

<sup>48</sup> Vgl. *Rote Erde*, 7.7.1932; Beck, Friedrich Alfred: *Kampf und Sieg. Geschichte der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei im Gau Westfalen-Süd von den Anfängen bis zur Machtübernahme, Dortmund 1938*, S. 301; Schmidt: *Terror und Terrainkämpfe* (wie Anm. 4), S. 271 f.

Metallarbeitern ausweitete<sup>49</sup> – festigte innerhalb der KPD die Überzeugung, dass das Ruhrgebiet ein Zentrum dieser neuen Strategie sein musste. Im Zuge der Auseinandersetzungen im Herbst 1928 erzielte die KPD gewisse Erfolge in ihrem Bemühen, sich das große Potential der bislang gewerkschaftlich ungebundenen Arbeiter zu erschließen und es zu organisieren. Je länger die Aussperrungen dauerten, desto mehr Einfluss gewannen die Kommunisten. Sie konnten beispielsweise außerhalb der klassischen gewerkschaftlichen Strukturen „wilde“ Streikleitungen etablieren.<sup>50</sup> Zudem veranstaltete die KPD in den Städten des Ruhrgebiets täglich zwei bis drei Kundgebungen, bei denen die Parteiredner einen äußerst radikalen Ton anschlugen. Allein auf dem Moltkemarkt, dem Zentrum des Bochumer „Blaubuchsenviertels“, in dem vor allem die Arbeiterschaft des „Bochumer Vereins für Gußstahlfabrikation“ lebte, fanden im November 1928 vier KPD-Veranstaltungen statt, zu denen jeweils mehr als 2.000 Menschen kamen.<sup>51</sup>

Die Ausgangsbedingungen für zukünftige Streikaktionen schienen also im Ruhrgebiet günstig zu sein, insbesondere weil dort deren designierte Trägerin, die RGO, sehr gut aufgestellt war und die kommunistische Gewerkschaftsarbeit vor allem unter Bergarbeitern bemerkenswerte Erfolge zeitigte. Mitte 1931 verzeichnete die Organisation im Ruhrbezirk rund 40.000 Mitglieder.<sup>52</sup> Im Gegensatz zu den klassischen Gewerkschaften, für die der Ausstand die Ausnahmesituation darstellte, war der Streik für die RGO der eigentliche Daseinszweck, der wie eine Schlacht geführt werden sollte. In dessen Verlauf wollte die RGO keine konkreten Forderungen durchsetzen – diese wurden zwar erhoben, trugen aber ausschließlich instrumentellen Charakter. Angelehnt an die Generallinie der Partei ging es vielmehr darum, Konflikte eskalieren zu lassen, sie auszuweiten und zu politisieren.<sup>53</sup> Das Kampfmittel Streik wurde zum einen als notwendige Vorbereitungsmaßnahme für den endgültigen Sturz der Bourgeoisie charakterisiert, ohne die keine Revolution

<sup>49</sup> Vgl. Weisbrod, Bernd: *Schwerindustrie in der Weimarer Republik. Interessenpolitik zwischen Stabilisierung und Krise*, Wuppertal 1978, S. 415–456; Goch: *Sozialdemokratische Arbeiterbewegung* (wie Anm. 26), S. 345 f.

<sup>50</sup> Vgl. PP Bochum an RP Arnsberg, 5.11.1928, STAM Reg. Arnsberg 14355; auch Müller, Werner: *Kommunistische Betriebsräte und Streikbewegungen im Ruhrgebiet am Ende der Weimarer Republik*, in: Becker, Bert/Lademacher, Horst (Hrsg.): *Geist und Gestalt im historischen Wandel. Facetten deutscher und europäischer Geschichte 1789–1989. Festschrift für Siegfried Bahne*, Münster u. a. 2000, S. 289–306, hier: S. 295 f.

<sup>51</sup> Vgl. PP Bochum an RP Arnsberg, 7.11.1928, 9.11.1928, 19.11.1928 u. 26.11.1928; RP Arnsberg an OP Westfalen, 7.11.1928 u. 23.11.1928, STAM Reg. Arnsberg 14355.

<sup>52</sup> Vgl. Goch: *Sozialdemokratische Arbeiterbewegung* (wie Anm. 26), S. 357 ff.; Mallmann: *Kommunisten* (wie Anm. 7), S. 210 f.; Müller: *Kommunistische Betriebsräte* (wie Anm. 50), S. 300.

<sup>53</sup> Vgl. Bahne: *KPD im Ruhrgebiet* (wie Anm. 28), S. 333 f.; Müller: *Lohnkampf* (wie Anm. 15), S. 265 ff.

stattfinden könne. Zum anderen sollten in Gestalt des Streiks die „faschistischen Vorstöße“ und der „Terror“ von Polizei und SA beantwortet werden.<sup>54</sup>

Daran, dass der Streik „dem Aufstand vorangehen“<sup>55</sup> müsse und somit eine Vorform der revolutionären Erhebung darstelle, ließ auch die RGO im Ruhrbezirk keinen Zweifel. Im November 1929 war sie von der KPD-Führung angewiesen worden, ihre Bemühungen im Lohnkampf vor allem im Bergbau zu verstärken.<sup>56</sup> Erste Erfolge erzielte die neue Streikstrategie allerdings in der Metallbranche. In den ersten Julitagen des Jahres 1930 gelang es, mehrere Tausend Metallarbeiter zu Arbeitsniederlegungen zu bewegen. Zentrum der Auseinandersetzungen im Rahmen des sogenannten „Nordwestkampfes“ war Gelsenkirchen, wo zeitweise die Hälfte der über 10.000 Metallarbeiter streikte.<sup>57</sup> Obwohl der Streik nach kurzer Zeit zusammenbrach, sah die Führung des KPD-Bezirks Ruhr die Aktion als vielversprechenden Erfolg an: Vor allem der Verlauf in Gelsenkirchen wurde als vorbildlich bewertet, da es dort gelungen war, dank der offensiven Strategie den Streik auszuweiten.<sup>58</sup> Folgerichtig gab der kommunistische Bergarbeiterführer Albert Funk für den geplanten Zechenstreik die Parole „Angriffsstreik“ aus.<sup>59</sup> In den Planungen spielten dementsprechend die absehbaren Konfrontationen mit der Polizei eine große Rolle – Zweck des Streiks war der Kampf und nicht die tatsächliche Durchsetzung von Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung. Zwar erhob die KPD solche Forderungen; diese allerdings waren taktisch motiviert und sollten dem Streik eine möglichst breite Basis verschaffen.<sup>60</sup>

Die Vorbereitungen für den großen Bergarbeiterstreik beschäftigten die RGO im Ruhrgebiet die gesamte zweite Hälfte des Jahres 1930. Zweimal musste der Streikbeginn verschoben werden, weil es den Kommunisten trotz intensiver Agitation nicht gelang, das Gros der Bergarbeiterschaft von ihren Streikplänen zu überzeugen – angesichts von Massenarbeitslosigkeit und Massenverelendung im Ruhrgebiet wog das Risiko des Arbeitsplatzverlustes zu schwer.<sup>61</sup> Ungeachtet dessen erklärten die Kommunisten den Dezember zum „Kampfmonat“ gegen Aushungerung und

<sup>54</sup> Vgl. Rundschreiben Nr. 14. Anweisungen des Sekretariats, 6.10.1930, in: Weber: Generallinie (wie Anm. 13), Dok. 28, S. 221 f.

<sup>55</sup> Positionspapier der RGO Ruhr, September 1930, STAM PP 51.

<sup>56</sup> NSS Bochum an OP Westfalen, 11.11.1929, STAM PP 50; auch Bahne: KPD im Ruhrgebiet (wie Anm. 28), S. 341.

<sup>57</sup> PP Recklinghausen an RP Münster, 14.7.1930, STAM PP 55; NSS Bochum an OP Westfalen, 21.7.1930, STAM PP 58. Zu diesem sogenannten „Nordwestkampf“ vgl. auch Müller: Lohnkampf (wie Anm. 15), S. 142 ff.

<sup>58</sup> Bericht des KPD-Bezirks Ruhr über den Metallarbeiterstreik, Juli 1930, STAM PP 55.

<sup>59</sup> Bahne: KPD im Ruhrgebiet (wie Anm. 28), S. 345; Zu Albert Funk vgl. Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten (wie Anm. 32), S. 228 f.

<sup>60</sup> Vgl. Bericht des KPD-Bezirks Ruhr, 7.6.1930, STAM PP 51.

<sup>61</sup> Vgl. NSS Bochum an OP Westfalen, 10.7., 20.11. u. 18.12.1930, STAM PP 51.

die „Polizeidiktatur des Preuß[ischen] Innenministers“.<sup>62</sup> Mittels einer intensiven mehrwöchigen Kampagne, die in eine schnelle Abfolge von Großkundgebungen im unmittelbaren Vorfeld der geplanten Auslösung mündete, sollten die Massen mobilisiert werden. Durch tägliche kleinere Kundgebungen und Massendemonstrationen sollten die „faschistischen Polizeitruppen“<sup>63</sup> in Atem gehalten werden. Besonders anlässlich der nahenden Weihnachtszeit plante die KPD, bewusst Zusammenstöße zu provozieren, wenn möglich in den bürgerlichen Vierteln der Ruhrgebietsstädte. Aufmärsche „sollen [...] unter allen Umständen durchgeführt werden, auch wenn polizeilicherseits Verbote erfolgen sollten.“<sup>64</sup> Dabei wurden Verletzte und Tote im Interesse einer weiteren Radikalisierung einkalkuliert und in Kauf genommen.<sup>65</sup> Verbale und praktizierte Militanz gingen Hand in Hand, hatte die RGO doch die fehlende Entschlossenheit als wesentliches Defizit des „Nordwestkampfes“ im Sommer 1930 ausgemacht.<sup>66</sup> So war es konsequent, dass die RGO für den kommenden Streik die „Vernichtung unserer Feinde“ ankündigte, zu denen in erster Linie SA und Polizei gerechnet wurden.<sup>67</sup> Letztere war ohnehin bereits beunruhigt, da in der illegalen kommunistischen Literatur seit Monaten militärische Themen im Vordergrund diskutiert worden waren, was als konkrete Aufstandsplanung gedeutet wurde.<sup>68</sup>

Nach wochenlangem Kleinkrieg setzte der Vorbereitungsausschuss der RGO Ruhr auf seiner Gelsenkirchener Konferenz am 1. Januar 1931 den Streikbeginn auf den folgenden Tag fest. Alle Planungen der RGO waren auf den Akt der Streikauslösung und dessen Schutz durch das Abblocken eingreifender Polizeikräfte fixiert – weiterführende Konzepte fehlten. Dementsprechend sah die Tagesordnung der ersten Streikversammlungen als wichtigsten Punkt vor, die Teilnehmer auf den Kampf gegen den „Polizeiterrror“ einzuschwören.<sup>69</sup> Als am 2. Januar auf den Zechen des Ruhrgebiets die Morgenschicht anfahren sollte, zogen Sprechchöre durch die Bergarbeiterkolonien und forderten die Bewohner auf, sich am Streik zu beteiligen. Vor den Zechentoren bemühten sich kommunistische Agitatoren und Angehörige der Erwerbslosenstaffeln mit Worten und Taten darum, die Bergleute von der Arbeit abzuhalten.<sup>70</sup> Dabei kam es zwischen Befürwortern und Gegnern des Streiks nicht

<sup>62</sup> Vgl. Arbeitsplan der RGO, Dezember 1930, STAM PP 51.

<sup>63</sup> Rundschreiben der RGO, Dezember 1930, STAM PP 51.

<sup>64</sup> NSS Bochum an OP Westfalen, 4.12.1930, STAM PP 51.

<sup>65</sup> Vgl. Wirsching: Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? (wie Anm. 12), S. 406f.

<sup>66</sup> Vgl. Müller: Kommunistische Betriebsräte (wie Anm. 50), S. 304.

<sup>67</sup> Rundschreiben der RGO, Dezember 1930, STAM PP 51.

<sup>68</sup> NSS Bochum an OP Westfalen, 1.7.1930, STAM PP 548; NSS Bochum an OP Westfalen, 4.12.1930, STAM PP 51.

<sup>69</sup> Vgl. Anweisungen der RGO über die Maßnahmen am 1. Streiktag, 1.1.1931, STAM PP 51; Müller: Kommunistische Betriebsräte (wie Anm. 50), S. 304f.

<sup>70</sup> Vgl. Gelsenkirchener Zeitung v. 3.1.1931; Protokoll über die Besprechung der RP und PP mit dem OP von Westfalen v. 14.1.1931, STAM Reg. Arnsberg 14885; NSS Bochum an OP

nur zu verbalen Auseinandersetzungen, sondern auch zu gewalttätigen Zusammenstößen, die durchaus einen tödlichen Verlauf nehmen konnten: In Dortmund erschoss am Abend des 3. Januar ein KPD-Kader einen jungen Bergarbeiter, mit dem er nach dem Schichtwechsel auf der Zeche Hansemann aneinandergeraten war.<sup>71</sup> Wie von den Kommunisten angekündigt, richteten sich ihre Attacken aber vor allem auf die Polizeieinheiten, die Arbeitswillige schützten und vor den Betrieben Posten standen, um das Eindringen von Agitatoren und Saboteuren zu verhindern. Insbesondere im nördlichen Ruhrgebiet, so in Bottrop, Gelsenkirchen, Marl und Recklinghausen, wurden Polizisten „mit Steinen und Flaschen beworfen, mit Zaunlatten angegriffen und mit Pistolen beschossen.“<sup>72</sup> Die Polizei setzte ihrerseits massive Gewalt ein. In Bottrop gab eine Polizeistreife scharfe Schüsse auf eine Menschenmenge ab und verletzte zwei Personen, nachdem sie mit Hieb- und Wurfinstrumenten angegriffen worden war. Verbotene Versammlungen wurden bei Widerstand mit dem Gummiknüppel auseinandergetrieben. Zechenkolonien waren Schauplatz regelrechter Jagdszenen, wenn die Schutzpolizisten versuchten, der Kommunisten habhaft zu werden, die ihrerseits versuchten, Streikbrecher einzuschüchtern.<sup>73</sup>

Trotz ihrer aggressiven Vorgehensweise konnten die Kommunisten den Großteil der Bergleute nicht überzeugen, sich ihnen anzuschließen. Weite Teile des Ruhrgebiets waren kaum von diesem Bergarbeiterstreik betroffen. Nur im Norden des Ruhrgebiets, also im Bereich des Regierungsbezirks Münster, konnte die Streikbewegung an den ersten Tagen größere Erfolge vorweisen: Dort befand sich die Belegschaft von 22 Zechen zeit- und teilweise im Ausstand – zum Beispiel streikten auf der Zeche Recklinghausen II/III in Hochlarmark 75 % der Bergleute, auf den Zechen Scholven und Bergmannsglück in Buer jeweils über 80 %, auf Westerholt 87 % und auf Rheinbaben in Bottrop 98 %.<sup>74</sup> Insgesamt beteiligte sich in der ersten Januarwoche etwa ein Achtel der 90.000 Bergleute im nördlichen Ruhrgebiet an den Streikaktionen. Am 7. Januar war der Streik allerdings faktisch zusammen-

Westfalen, 22.1.1931, STAM PP 51; Tuttas: Einer von jenen (wie Anm. 3), S. 76 ff.; Müller: Kommunistische Betriebsräte (wie Anm. 50), S. 305.

<sup>71</sup> Vgl. RP Arnsberg an OP Westfalen, 4.1.1931, sowie PP Dortmund an RP Arnsberg, 19.1.1931, STAM Reg. Münster VII-52, Bd. 7; Mensing: Von der Ruhr in den GULag (wie Anm. 41), S. 240 ff.

<sup>72</sup> NSS Bochum an OP Westfalen, 22.1.1931, STAM PP 51.

<sup>73</sup> Vgl. PP Recklinghausen an RP Münster, 3.1. u. 5.1.1931, STAM Reg. Münster VII-52, Bd. 7; PP Recklinghausen an NSS Bochum, 16.1.1931, STAM PP 51; Buersche Zeitung v. 4.1.1931; Tuttas: Einer von jenen (wie Anm. 3), S. 78 f.

<sup>74</sup> PP Recklinghausen an NSS Bochum, 3.1.1931, STAM PP 51; PP Recklinghausen an RP Münster, 3.1. u. 5.1.1931, STAM Reg. Münster VII-52, Bd. 7. Zum Regierungsbezirk Arnsberg vgl. die Funkberichte des RP zwischen dem 3.1. u. 9.1.1931, STAM Reg. Münster VII-52, Bd. 7. Zum Streikverlauf vgl. insb. den Abschlussbericht der NSS Bochum v. 22.1.1931, STAM Reg. Münster VII-52, Bd. 7.



gebrochen, Aufrufe der RGO zu neuen Streikwellen verhallten ungehört.<sup>75</sup> Dennoch interpretierten die Kommunisten die Ereignisse als großen Erfolg. In der Tat handelte es sich um die größte eigenständige Aktion, die die RGO Zeit ihres Bestehens auf die Beine stellen sollte – dass damit der Höhepunkt der kommunistischen Streikstrategie bereits erreicht war, konnte zu diesem Zeitpunkt jedoch keiner der Beteiligten ahnen.<sup>76</sup> Der Preis jedoch war hoch: Nach dem Januarstreik wurden 2.500 Kommunisten entlassen, die bislang im Bergbau tätig gewesen waren. Somit verlor die KPD endgültig ihren Halt in den Betrieben.<sup>77</sup>

Dies geflissentlich ignorierend, machte sich die RGO umgehend an die Planung neuer Projekte: Für den Sommer wurde im Ruhrgebiet gar die Parole vom „Streik der 500.000“ ausgegeben!<sup>78</sup> Um den Erfolg dieses Unterfangens zu garantieren, sollte die offensive Taktik weiter ausgebaut und perfektioniert werden.<sup>79</sup> So sollten spezielle Alarmbereitschaften innerhalb der Erwerbslosenkolonnen gleichzeitig an verschiedenen Orten Vorfälle provozieren, um die Polizeikräfte von ihren Posten zu locken und zu verzetteln, „damit die Polizei nicht zur Ruhe käme und überall gebraucht würde. Eine Zusammenfassung der Polizei würde dann unmöglich.“<sup>80</sup> Trotz solcher taktischer Neuerungen gerieten den Kommunisten alle weiteren Versuche, im Ruhrbergbau Arbeitsniederlegungen großen Stils zu organisieren, zum Fiasko. Das ZK hatte die Schuldigen schnell ausgemacht: Verantwortlich für das Scheitern sei die Basis im Ruhrgebiet, der das Verständnis für die Bedeutung der Streikstrategie fehle und der es nicht gelungen sei, in den Betrieben Fuß zu fassen. Sich selbst warf die KPD-Führung vor, die Durchführung nicht in ausreichendem Maße kontrolliert zu haben.<sup>81</sup> Die erfolglosen Streikversuche der Jahre 1931 und 1932 zeigen, dass sich die KPD in einer strategischen Einbahnstraße befand. Weder erreichte sie so eine (Massen-)Basis, noch konnte sie die Schutzpolizei vor unlösbare Probleme stellen.

<sup>75</sup> NSS Bochum an OP Westfalen, 13.1.1931, STAM PP 51.

<sup>76</sup> Vgl. Bahne: KPD im Ruhrgebiet (wie Anm. 28), S. 344 f.; Müller: Lohnkampf (wie Anm. 15), S. 147 ff.

<sup>77</sup> Vgl. Tuttas: Einer von jenen (wie Anm. 3), S. 31; Rosenhaft: Beating the Fascists? (wie Anm. 8), S. 46 f.

<sup>78</sup> Vgl. „Organisatorische Richtlinien zur Auslösung und Durchführung des Streiks der 500.000“, RGO-Bezirksleitung Ruhrgebiet, Mai 1931, STAM PP 40.

<sup>79</sup> Vgl. Rundschreiben Nr. 2. Anweisungen des Sekretariats, 29.1.1931, in: Weber: Generallinie (wie Anm. 13), Dok. 35, S. 285.

<sup>80</sup> Bericht über eine Betriebskomiteesitzung der KPD in Essen, 18.9.1931, STAM PP 50.

<sup>81</sup> Vgl. Rundschreiben Nr. 14. Anweisungen des Sekretariats über Streiks und Erwerbslosen-Aktionen, 28.10.1931, in: Weber: Generallinie (wie Anm. 13), Dok. 55, S. 419 ff.; RP Düsseldorf an OP Rheinprovinz, 2.3.1932, Landeshauptarchiv Koblenz Bestand 403, Nr. 16785. Zu den Streikversuchen im Oktober 1931, Januar 1932 und Oktober 1932 vgl. Müller: Lohnkampf (wie Anm. 15), S. 170 f., 175 ff., 189.

#### IV. Erwerbslosenproteste 1930/1931

Die Kommunisten setzten im Rahmen ihrer Massengewalt-Strategie allerdings nicht allein auf Streiks, sondern initiierten seit März 1930 auch in Gestalt der reichs- und ruhrgebietsweit synchronisierten „Erwerbslosenkampftage“ Massenproteste großen Stils. Obwohl sie gleichzeitig die Auslösung von „Massenstreiks“ betrieb, trug die KPD mit ihrer neuen Taktik der veränderten Lage Rechnung: Da sie im Zeichen der grassierenden Arbeitslosigkeit ihren Einfluss in den Betrieben weitgehend verlor, verlagerte sie einen bedeutenden Teil ihrer Aktionen auf die Straße.<sup>82</sup> Dabei ging es den Kommunisten stets um Konfrontation und Eskalation, die z. B. durch das Ignorieren von Versammlungsverboten oder den Einsatz von Wurfgeschossen gegen die Polizei gezielt herbeigeführt wurden. Auf diese Weise sollte der „faschistische“ Charakter des bekämpften Systems entlarvt und der proletarische Zusammenhalt gestärkt werden.<sup>83</sup> Den ersten „Erwerbslosenkampftag“ sah das Ruhrgebiet am 6. März 1930. Dessen Ablauf war stilprägend für die Auseinandersetzungen der folgenden Jahre. Nach einer wochenlangen Propagandaschlacht, während der die KPD auf zahllosen Flugblättern, Plakaten und Wandaufschriften zur Teilnahme am „Kampftag“ aufgerufen hatte, fanden in fast allen Ruhrgebietsstädten Erwerbslosenversammlungen statt. Der kommunistische Plan sah vor, auf diesen Veranstaltungen mehrere Demonstrationzüge zu bilden, die sich nach der erwarteten Auflösung durch die Polizei umgehend neu formieren, die Konfrontation keinesfalls scheuen und das Umfeld der Versammlungsorte in Unruhe versetzen sollten. Dieses Vorhaben erfolgreich in die Tat umzusetzen, gelang jedoch in den meisten Orten nur ansatzweise, denn erstens hatte die Polizei die Vorbereitungen aufmerksam verfolgt und war von den taktischen Neuerungen nicht überrascht, und zweitens lagen die Teilnehmerzahlen nicht in dem Bereich, der den Polizeikräften Kopfzerbrechen bereitet hätte: So zogen in Bochum nur etwa 500 Menschen durch das Moltkemarktviertel, in Dortmund waren es ebensoviele, die versuchten, von der Nordstadt aus in die Innenstadt zu gelangen. In Gelsenkirchen und in Buer beteiligten sich je 400 Personen an den Demonstrationen. Überall zeigte sich das gleiche Schema: Versammlungen bildeten sich entgegen einem Verbot, sie wurden aufgelöst, es fanden sich kleinere und größere Züge zusammen, die wiederum auseinandergetrieben wurden. Der Ton der Auseinandersetzung wurde rauher, Rufe wie „Bluthunde“ und „Schlagt sie nieder!“ wurden laut und als sich die Demonstranten als recht hartnäckig darin erwiesen, immer wieder neue Kolonnen zu bilden und die ersten Steine und Flaschen

<sup>82</sup> Vgl. Schumann: Politische Gewalt (wie Anm. 4), S. 302 ff.

<sup>83</sup> Vgl. Rundschreiben No. 16/29. Anweisungen des Sekretariats, 28.3.1928, in: Weber: Generallinie (wie Anm. 13), Dok. 2, S. 5 ff.; Rosenhaft: KPD (wie Anm. 10), S. 307.

flogen, setzten die Schutzpolizisten schließlich in den Abendstunden den Gummiknüppel ein, um die Kontrolle über die Straße zu behaupten.<sup>84</sup>

Kommunistische Erwerbslosenproteste gehörten bald zum Alltag in den Ruhrgebietsstädten. Sie fanden regelmäßig statt und die Teilnehmerzahlen stiegen, denn je weiter die wirtschaftliche Krise fortschritt, desto empfänglicher wurden viele Menschen für die Botschaften der KPD: Am 25. Februar 1931, einem weiteren „Erwerbslosenkampftag“, versammelten sich z. B. auf dem Bochumer Moltkemarkt bereits 1.000 Menschen.<sup>85</sup> Auch die Zusammenstöße mit der Polizei wurden heftiger. Die Schutzpolizisten reagierten zunehmend entnervt, wenn sie auf kommunistische Demonstrationen trafen – die Bereitschaft zum potentiell tödlichen Schusswaffeneinsatz stieg. So schossen Polizeibeamte in Wanne-Eickel am 3. Juni 1931 in eine kommunistische Erwerbslosenkundgebung, als aus dieser heraus versucht wurde, eine Polizeikette zu durchbrechen und das Rathaus zu stürmen. Anstatt wie befohlen Warnschüsse in die Luft abzugeben, feuerten die Polizisten direkt in die Menge und verletzten drei Menschen. Im Nachhinein behaupteten die Betroffenen, dass aus der sie bedrohenden „Masse“ zuerst gefeuert worden sei, was allerdings unbewiesen blieb.<sup>86</sup> Trotz aller Ausbildungsrichtlinien, das polizeiliche Gegenüber als „Volksgenossen“ zu betrachten und als solche zu behandeln, lag die praktische Hemmschwelle der Polizisten, diesem Gegenüber schwere Verletzungen zuzufügen, im Sommer 1931 nicht sonderlich hoch. Die Furcht vor der feindlichen „Masse“ und die Angst vor dem Verlust der Kontrolle begünstigte derartige Exzesstaten, die sich bis zum Frühjahr 1933 häuften – die Eskalation, auf die kommunistische Kader setzten, nahm also ihren Lauf.

Die Reichweite der Erwerbslosenproteste blieb jedoch, ebenso wie die der Bergarbeiterstreiks, deutlich geringer, als von den Kommunisten erhofft – wirkliche Massen konnten sie nicht mobilisieren, vor allem nicht in Permanenz. Wenn sich allerdings der gesteuerte Erwerbslosenprotest und die Interessenlagen der lokalen Bevölkerung verschränkten, wenn sich also kommunistischer Tatendrang mit spontanem Subsistenzprotest, krimineller Energie und dem Bedürfnis, das als eigenes Territorium empfundene Viertel gegen Eindringlinge zu verteidigen, verband, konnten Mobilisierung und Protest ganz andere Dimensionen annehmen und die Polizei vor ernsthafte Probleme stellen. In dieser Hinsicht sind die Straßenschlachten und Plünderungen im Gelsenkirchener Olgaviertel zwischen dem 15. und 17. Juli

<sup>84</sup> Vgl. PP Bochum an RP Arnsberg, 7.3.1930; PP Recklinghausen an NSS Bochum, 7.3.1930; PP Dortmund an RP Arnsberg, 12.3.1930, STAM PP 57.

<sup>85</sup> Vgl. PP Bochum an RP Arnsberg, 26.2.1931.

<sup>86</sup> Vgl. Waffengebrauchsmeldung, 3.6.1931, STAM Reg. Arnsberg 29473.

1931 symptomatisch, die reichsweit für Schlagzeilen sorgten.<sup>87</sup> Ausgangspunkt der Ereignisse war ein weiterer „Erwerbslosenkampftag“ der KPD am 15. Juli. Dessen Ablauf bewegte sich in den inzwischen üblichen Bahnen: Ab dem späten Nachmittag versammelten sich im Innenstadtbereich mehrere Hundert Menschen verbotswidrig zu verschiedenen Kundgebungen, die schnell auseinandergetrieben wurden. Das Geschehen verlagerte sich gegen Abend in die nördlich der Altstadt gelegenen Arbeiterviertel, wo sich das Hauptquartier der Gelsenkirchener KPD befand. Dieses Gebiet wurde von den Gelsenkirchener Kommunisten als ihr ureigenstes Terrain betrachtet. Als die Schutzpolizei kurz vor 22 Uhr eine Demonstration in der Olgastraße gewaltsam auflösen wollte, wurden die Bereitschaftsbeamten mit Flaschen und Steinen beworfen und scharf, aber ungezielt beschossen – offenbar sollte der Eindringling eingeschüchtert werden. Die Schutzpolizei setzte ihrerseits Schusswaffen ein und ging nach einer etwa einstündigen Schießerei schließlich davon aus, die Kontrolle über das Viertel behauptet und die Ordnung wiederhergestellt zu haben. Aus ihrer Sicht handelte es sich um einen zwar intensiven, aber erfolgreichen Routineeinsatz – erfahrungsgemäß war mit weiteren Aktivitäten der Kommunisten zunächst nicht zu rechnen.<sup>88</sup>

Als sich in der Abenddämmerung des 16. Juli die Straßen des Unruheviertels vom Vortag mit Menschen zu füllen begannen, die in Gruppen beieinanderstanden und sprachen, sah die Gelsenkirchener Polizei dementsprechend keine Veranlassung zum Handeln. Der zuständige Polizeiführer nahm an, dass die Einwohner des Viertels aus den Ereignissen der Vornacht gelernt hätten und sich nicht erneut mit der Polizei anlegen wollten.<sup>89</sup> Gegen 23 Uhr allerdings überschlugen sich plötzlich die Ereignisse. Zunächst wurde das Straßenpflaster aufgerissen. Kurz darauf zertrümmerten junge Männer die Straßenbeleuchtung und schlugen im Schutz der Dunkelheit die Schaufensterscheiben der umliegenden Geschäfte ein. Sofort stürzten sich Hunderte Menschen auf die ausliegenden Waren und trugen ungehindert von der Polizei Mehl, Wurst, Zigaretten, Schuhe, Schokolade, Seife, Parfum und vieles mehr davon. Eine nach Beginn der Plünderungen alarmierte Polizeihundertschaft traf erst eine halbe Stunde später am Ort des Geschehens ein. Durch Pfiffe gewarnt, ergriffen die Plünderer rechtzeitig die Flucht, so dass die Schutzpolizisten, zusätzlich behindert

<sup>87</sup> Zur folgenden Darstellung vgl. HSTAD Staatsanwaltschaft Essen Rep. 105/157; GSTA PK I. HA, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 183, Bd. 6; Ruhr-Echo, 17., 18. u. 21.7.1931; Gelsenkirchener Zeitung v. 17. u. 18.7.1931; Berliner Tageblatt v. 17.7.1931; Deutsche Tageszeitung v. 17.7.1931; Reichsbote v. 18.7.1931.

<sup>88</sup> Vgl. PP Recklinghausen an RP Münster, 16.7.1931, GSTA PK I. HA, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 183, Bd. 6.

<sup>89</sup> Vgl. Bericht der 5. Polizeibereitschaft, o. D., HSTAD Staatsanwaltschaft Essen Rep. 105/157; RP Münster an Ministerium des Innern, 29.7.1931, GSTA PK I. HA, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 183, Bd. 6.

durch die Dunkelheit und das verwinkelte Terrain, nur wenige Plünderer dingfest machen konnten. Zudem fielen unmittelbar nach Beginn der Verfolgungen die ersten Schüsse – ob diese von „auführerischen Elementen“<sup>90</sup> oder von den Polizeibeamten abgegeben wurden, die Order hatten, nach Anruf sofort zu schießen, lässt sich nicht mehr zweifelsfrei klären. Bis gegen 2.30 Uhr Ruhe auf den Straßen einkehrte, flammten immer wieder Feuergefechte auf, bei denen zwar Hunderte Projektile verschossen, überraschenderweise aber keine Menschen schwer verletzt wurden. Gegen 5 Uhr morgens sperrten über 200 Schutzpolizisten das ganze Viertel ab und 70 Kripo-Beamte durchsuchten die Olgastraße Haus für Haus. Neben Plünderungsgut fanden sich in den durchsuchten Wohnungen zahlreiche Gummischläuche, Totschläger und Messer, allerdings keine Schusswaffen. Zahlreiche Männer wurden verhaftet – auch solche, bei denen sich keine stichhaltigen Beweise für ihre Beteiligung an den Ausschreitungen finden ließen.<sup>91</sup> Die frühmorgendliche Razzia ist als unmittelbare Machtdemonstration zu verstehen, als Versuch, sich des unsicher gewordenen Terrains rasch wieder zu bemächtigen: Sie verfolgte weniger den Zweck, tatsächlich Plünderern und Heckenschützen habhaft zu werden, es ging vielmehr darum, den unbotmäßigen Bewohnern einer als Aufruhrgebiet klassifizierten Straße in einem Akt symbolischer Gewalt die Überlegenheit der Staatsmacht vor Augen zu führen. Hierbei war die Tatsache, dass eine Razzia stattfand, ebenso bedeutend, wie die Art und Weise, in der sie durchgeführt wurde: Zu nachtschlafender Zeit wurden plötzlich Hunderte Menschen aus dem Schlaf gerissen und einer Anzahl von ihnen nach mehrstündigem Durchkämmen des Straßenzugs nach recht willkürlichen Kriterien kurzfristig die Freiheit entzogen.<sup>92</sup>

Trotz solcher Drohgebärden wiederholten sich am 17. Juli die Ereignisse. Erneut sah sich die Polizei veranlasst, in den Abendstunden zahlreiche Versammlungen im Olgaviertel auseinanderzutreiben. Dabei setzte sie im Gegensatz zu den Vortagen frühzeitig Schusswaffen ein, was schwerwiegende Folgen hatte: Ein Mann wurde durch einen Bauchschuss lebensgefährlich verletzt, vier weitere leicht. Nach diesem Schock flauten die Unruhen schnell ab, die Nacht und die folgenden Tage verliefen ruhig. Ihren Erfolg, die Unruhen nach drei Tagen unterdrückt zu haben, hatte die Polizei unter Einsatz von 400 Beamten und mehreren Panzerwagen schwer erkämpft.<sup>93</sup> Um dem deutlich artikulierten Herrschaftsanspruch der Kommunisten

<sup>90</sup> Pressemitteilung PP Recklinghausen, 17.7.1931, HSTAD Staatsanwaltschaft Essen Rep. 105/57.

<sup>91</sup> Pressemitteilung PP Recklinghausen, 17.7.1931, sowie die Aussagen von Johann S., Otto S., Wilhelm K. und Johann K., 17.7.1931, HSTAD Staatsanwaltschaft Essen Rep. 105/57.

<sup>92</sup> Zur Konstellation der Razzia und ihren Implikationen vgl. Sofsky, Wolfgang: *Gewaltzeit*, in: Trotha, Trutz von (Hrsg.): *Soziologie der Gewalt*, Opladen 1997, S. 102–121, hier: S. 109 ff.; auch Schumann: *Gewalt als Grenzüberschreitung* (wie Anm. 46), S. 375.

<sup>93</sup> Vgl. Kommandobefehl Schutzpolizei Recklinghausen Nr. 66, 22.7.1931, STAM PP 3476.

im Olgaviertel ebenso entgegenzutreten wie dem Eindruck, ihr Gewaltmonopol sei infrage gestellt, verstärkte die Gelsenkirchener Polizei die Besetzung des zuständigen Reviers durch Kräfte der Bereitschaftspolizei.

## V. Fazit

Die kommunistische Strategie der Massengewalt ging an den Bedürfnissen der Basis vorbei, denn die mit großem Aufwand organisierten Streikaktionen und Erwerbslosenproteste taugten weder dazu, Menschenmassen dauerhaft zu mobilisieren, noch Handlungsräume gegenüber der Polizei zu behaupten. Allerdings trug die hohe Frequenz der zentral gesteuerten Protestaktionen zur Zermürbung der Polizisten und somit zu deren erhöhter Gewaltbereitschaft bei – ein Effekt, mit dem die kommunistische Führung im Interesse einer radikalisierten Auseinandersetzung kalkulierte. Während die lokalen Führungen der KPD und ihrer Vorfeldorganisationen durchaus versuchten, die zentral vorgegebene Kampfstrategie durchzusetzen, handelten die Straßenkämpfer, die sich den kommunistischen Kampfbinden angeschlossen hatten, eher in den kleinräumigen Zusammenhängen, in denen sie verwurzelt waren. Den linientreuen Kadern gelang es also nicht, die historisch gewachsene Gewaltbereitschaft, die in den Arbeitervierteln des Ruhrgebiets beispielsweise gegenüber Vertretern der Staatsmacht bestand, in die Bahnen zu lenken, die die KPD-Führung vorgesehen hatte. So wie es in der Haltung zu individuellen Gewaltakten zu Kontroversen zwischen lokaler Basis und Parteiführung kam, nachdem das ZK dieser Strategie im November 1931 offiziell abgeschworen hatte<sup>94</sup>, so wenig Mobilisierungspotential entfalteten die zentralen Vorgaben über die Gestaltung von Protestaktionen vor Ort. Zwar konnten Bergarbeiterstreiks, Hungermärsche und Erwerbslosenkampftage von den Leitungsgremien der Partei angesetzt werden, die Art und Weise ihrer Durchführung war allerdings ebenso von den jeweiligen lokalen Konstellationen abhängig wie die Erfolgchancen. Ob, gegen wen und in welcher Weise Gewalt angewendet wurde, entschied sich vor allem innerhalb des Gestrüpps legaler und illegaler Parteistrukturen vor Ort und vor allem in den informellen Zirkeln, die mehr oder weniger eng in dieses kommunistische Netzwerk eingebunden waren. Letztendlich entfaltete sich in der Gewaltfrage, ob nun massenhaft oder individuell ausgeübt, ein beachtliches Potential an Eigendynamik.

<sup>94</sup> Vgl. Tuttas: Einer von jenen (wie Anm. 3), S. 96; Rosenhaft: Beating the Fascists? (wie Anm. 8), S. 26 f.; Schumann: Politische Gewalt (wie Anm. 4), S. 292 f. In der Frage des individuellen Terrors konzidiert selbst Hermann Weber nachhaltige Konflikte zwischen Führung und Basis, die an den wiederholten Aufrufen des ZK, den Beschluss vom 10.11.1931 einzuhalten, abzulesen sind. Vgl. Weber: Hauptfeind Sozialdemokratie (wie Anm. 10), S. 82 f.